

Auch hat das SLORC-Regime Zutrauen zum nördlichen Nachbarn gefaßt, seit dieser nicht mehr die (in Birma verbotene) Burmese Communist Party und andere ethnische Gruppen in ihrem Widerstand gegen die Regierung unterstützt.

Während Beijing die Regierung in Yangon früher bekämpft hatte, ist sie jetzt - gerade umgekehrt - zu einer Politik der Unterstützung übergegangen.

(Zu Chinas wachsendem Einfluß auf Myanmar, vor allem zu den Stichworten Waffen, Straßen, Häfen und Grenzen vgl. vor allem C.a., Mai 1993, Ü 2.)

Seit Beginn der 90er Jahre besteht zwischen beiden Seiten eine Zusammenarbeit, die durchaus schon strategisch genannt werden kann, insofern nämlich China dem SLORC-Regime Waffen liefert, während dieses umgekehrt der VBA einen Horchposten im Golf von Bengalen eröffnet hat. Die Waffen - es handelt sich hier fast ausschließlich um leichte Waffen und um Munition - benötigt die Regierung, wie Beijing sehr wohl weiß, für den Kampf gegen die (früher von China unterstützten) Widerstandskräfte im Inneren.

Die Zusammenarbeit zwischen China und Myanmar bereitet vor allem der indischen Politik Kopfzerbrechen. Schon seit Beginn des Jahres 1993 hatte die indische Regierung Informationen darüber bekommen, daß chinesische Marinetechniker im Bereich des Irrawaddy-Deltas und im südbirmanischen Hafen von Mergui, vor allem aber im Umfeld des geplanten Tiefseewasserhafens von Thiwala (ebenfalls am Irriwaddy-Delta) tätig seien. (N, 10.4.93)

Auch war es zwischen China und Myanmar in den vorangegangenen Monaten zu zahlreichen subtilen Austauschbewegungen gekommen. (Näheres dazu C.a., April 1993, Ü 5.) All diese Meldungen paßten gut in die indischen Vorstellungen und Ängste hinsichtlich einer heraufkommenden "Zwei-Ozean-Marinemacht" China, zumal sich inzwischen auch Meldungen über eine verstärkte Aufrüstung der chinesischen Marine gehäuft hatten. Spiritus rector der neuen Strategie ist offensichtlich Admiral Liu Huaqing, der beim XIV. Parteitag ins Politbüro gewählt wurde und der offensichtlich besonderen Wert auf eine "profession-

nalistische Linie" in der VBA - und damit gleichzeitig auch auf den Ausbau einer schlagkräftigen Marine legt.

Sollten die Horchposten auf zwei unbewohnten Inseln in der Bucht von Bengalen am Ende gar Vorbereitungen für den Aufbau einer chinesischen "Vorwärtsbasis" sein? In diesem Fall erwürbe die VBA - zum Kummer Delhis - einen Marinestützpunkt am westlichen Eingang zu den "Straits", d.h. zur Malakka- und zu anderen Schifffahrtsstraßen.

China bezeichnet solche Verdachtsmomente erwartungsgemäß als aus der Luft gegriffen; doch ist andererseits nicht von der Hand zu weisen, daß nach dem Rückzug der beiden Supermächte die asiatischen Mächte selbst im Begriff sind, die von der UdSSR und von den USA hinterlassenen "Vacua" auszufüllen. Auch Indien ist im Bereich des Indischen Ozeans nicht gerade zurückhaltend vorgegangen! Möglicherweise wollte China mit seiner Andamanen-Initiative hier nur gehalten.

Der Verdacht, daß China im Golf von Bengalen eine Vorwärtsbasis errichtet, drängt sich der Regierung in Delhi auch insofern auf, als die Volksrepublik in der Zwischenzeit auch wieder voll mit dem Ausbau der Infrastruktur Myanmars beschäftigt ist. Die Chinesen bauen Telekommunikationseinrichtungen, modernisieren Straßen des rückständigen Landes und bauen vor allem Brücken. U.a. kam es beispielsweise am 31.Juli 1993 zu einer feierlichen Zeremonie anlässlich der Eröffnung der Yangon-Thanlyin-Brücke in einem östlichen Vorort von Yangon, die mit chinesischer Hilfe gebaut worden war. (XNA, 1.8.93)

Offensichtlich ist die VR China damit beschäftigt, sich über das Gebiet von Myanmar einen Straßenzugang zum Indischen Ozean zu schaffen. Das SLORC-Regime scheint Absichten dieser Art durchaus zu begrüßen, zumal internationale Infrastrukturhilfe nur schwer zu haben ist: Nach wie vor nämlich sieht es sich mit Vorwürfen konfrontiert, daß es die Menschenrechte verletze und vor allem die Bürgerrechtlerin Aung San Suu Kyi, die Führerin der "Nationalen Liga für Demokratie", die bei den Wahlen von 1990 einen überwältigenden Sieg erzielt hatte, nach wie vor unter Hausarrest in Yangon halte.

Hier sitzen China und Myanmar in einem gemeinsamen Boot. Für beide ist die Zusammenarbeit überdies, wie erwähnt, durchaus vorteilhaft, auch wenn birmanische Betriebe unter dem ständigen Druck der chinesischen Konkurrenz stöhnen.

Im Zeichen der bilateralen Kooperation ist es auch zu einem Ausgleich entlang der 2000 km langen gemeinsamen Landesgrenzen gekommen. Im August 1993 fand beispielsweise die 2. Sitzung des "Chinesisch-Birmanischen Grenzinspektionskomitees" in Yangon statt. (XNA, 12.8.93)

Am 8.April 1994 wurde ein Abkommen zwischen China, Laos und Myanmar über die Demarkierung im gemeinsamen Grenzgebiet unterzeichnet. In Zukunft solle das Dreiländereck eine Region des "ständigen Friedens, der Freundschaft und der Kooperation zwischen den drei Seiten sein", hieß es. (XNA, 9.4.94)

Ferner bestehen Pläne, ein "neues wirtschaftliches Viereck" in Südostasien unter Beteiligung Chinas auszubauen, an dem Nordthailand, Südchina, Myanmar und Laos beteiligt sind. (Näheres dazu in C.a., März 1993, Ü 1.) -we-

*(3)

Li Peng und seine Reise durch fünf Länder Zentralasiens

Vgl. das Thema im vorliegenden Heft.

Innenpolitik

*(4)

Die Personalhoheit der Parteizentrale und die Disziplinierung regionaler Führungen: Beijing statuiert ein Exempel

Eine der wichtigsten Begleiterscheinungen der chinesischen Reformpolitik ist der Machtverfall der Zentrale und die Verfolgung regionaler Sonderinteressen durch eigenwillige Provinzfürhungen. Die Zentrale hat seit dem letzten Jahr immer wieder dringende Appelle an die regionalen politischen

Führungen gerichtet, Weisungen der Zentralregierung Folge zu leisten und regionale Interessen zugunsten der gesamtstaatlichen Entwicklung zurückzustellen. Die Beijinger Führung ist nun offenbar bemüht, den erfolglosen Aufgerufen Taten folgen zu lassen.

Auf einer erweiterten Sitzung des KP-Politbüros Anfang April sollen Partei- und Staatschef Jiang Zemin sowie der stellvertretende Premier Zhu Rongji dafür eingetreten sein, die Arbeit regionaler Führungen nicht nur an ihren wirtschaftlichen Erfolgen, sondern auch daran zu messen, ob sie der Politik der Zentralregierung Folge leisten. Die Führungsgremien auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparats seien nach folgenden Kriterien zu bewerten:

- Entschiedener Einsatz für die wirtschaftliche Modernisierung,
- Korruptionsfreie und den Interessen der Bevölkerung verbundene Verwaltungsführung,
- Beachtung und Durchsetzung der von der Beijinger Führung im Interesse einer stabilen gesamtstaatlichen Entwicklung ausgegebenen Richtlinien.

Auf der Politbüro-Sitzung sollen die Schwierigkeiten bei der Eindämmung der Inflation auf die mangelnde Kooperation vieler regionaler Führungen zurückgeführt worden sein, die sich in der Preis-, Geld- und Kreditpolitik nicht an die Vorgaben der Zentralregierung halten und aus eigennützigem Interessen heraus auch die Umsetzung des neuen Steuersystems sabotieren. Die Entwicklungen in der Provinz Guangdong sollen besonders scharf kritisiert worden sein. Bereits während der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses hatte Vizepremier Zhu Rongji in einem Gespräch mit der Delegation aus Guangdong die dortige Führung deswegen kritisiert, weil sie durch Getreideankäufe in den Nachbarprovinzen das Preisgefüge bei Nahrungsmitteln zerstöre und Spekulationsgeschäfte anheize. Guangdong solle statt dessen Getreide im Ausland ankaufen, um zur Stabilisierung des Nahrungsmittelmarktes in Südchina beizutragen.

Den Bemühungen um eine Disziplinierung der regionalen Führungen ist im April der Parteisekretär der Provinz Heilongjiang, Sun Weiben, zum Opfer gefallen. Die Industrie dieser Provinz

ist durch eine große Zahl maroder, unprofitabler Staatsunternehmen geprägt, deren Unterhaltung den Staatshaushalt ungeheure Summen kostet. Die Provinzführung ist mit der Modernisierung dieser Unternehmen nicht nur nicht vorangekommen, sondern weitete den Kreditrahmen für die Betriebe immer mehr aus, duldet die Zunahme sogenannter "Verschuldungsketten" (Handelskredite zwischen zahlungsunfähigen Unternehmen), kümmerte sich nur unzureichend um die Gewinnung ausländischer Investoren, verlangte aber von Beijing immer höhere Zuwendungen. Als es im März dieses Jahres zu Arbeiterkundgebungen und Streiks in der Provinz kam, war das Maß aus der Sicht Beijings offenbar voll.

"Im Auftrag der Genossen Jiang Zemin und Li Peng" reiste der stellvertretende Premier Zhu Rongji mit einer hochkarätigen Delegation des Staatsrats in die Provinz, enthob den Provinzpartei sekretär seines Amtes und gab detaillierte Anweisungen, wie die Modernisierung der Industrie in Heilongjiang bewerkstelligt werden könne. Auch eine kürzlich erfolgte Umbesetzung in der Führung der Provinz Fujian könnte auf Unzufriedenheit der Zentralregierung mit der regionalen Verwaltungsführung zurückzuführen sein. (Zu den personellen Veränderungen vgl. "Monthly Data" in diesem Heft.)

In der Vorgehensweise der Beijinger Zentrale gegenüber der Führung in Heilongjiang zeigt sich, daß die Personalhoheit der Parteizentrale gegenüber regionalen Führungen im Rahmen des immer noch bestehenden, leninistischen Kader- und Nomenklatur-Systems jederzeit zur Disziplinierung eingesetzt werden kann. Auch die selbstbewußten Führungen in Südchina werden sich sehr genau überlegen, wie weit sie in der Mißachtung zentraler Weisungen gehen können, ohne einem umfassenden Revirement unterzogen zu werden. (*Xin Bao*, 22./28.4.94, nach SWB, 30.4.94; JB, 94/5, S.32; Xinhua, 17.4.94, nach SWB, 19.4.94; XNA, 18.4.94) -hei-

*(5)

Volksouveränität, Volkskongresse und Kommunistische Partei: Thesen eines chinesischen Staatsrechtlers

In einem bemerkenswerten Artikel hat einer der Mitarbeiter der Fachzeitschrift "Chinesische Rechtswissen-

schaft" (*Zhongguo Faxue*, Nr.1, 1994, S.3-11) die Position der Kommunistischen Partei im Regierungssystem der VR China hinterfragt. Guo Daohui kommt in seinem Beitrag "Autorität, Macht und Recht - Rechtstheoretische Überlegungen zu den Beziehungen zwischen Partei und Volkskongreß" zu dem Schluß, daß die Kommunistische Partei aufgrund des verfassungsrechtlichen Befundes nicht über dem Staat stehe, sondern sich als Regierungspartei (*zhizhengdang*) immer wieder auf neue zu legitimieren habe.

Die Regierungsgewalt werde nach der geltenden Verfassung auf die Volkssouveränität zurückgeführt; somit sei der Nationale Volkskongreß als oberstes Volksvertretungsorgan nicht der ausschließlichen Führung einer Partei unterworfen. Aus diesem Grunde sei auch der in früheren Verfassungen der VR China enthaltene Passus, daß der Nationale Volkskongreß der Führung durch die Kommunistische Partei unterstehe, in die Verfassungstexte von 1978 und 1982 nicht mehr aufgenommen worden.

In einem sozialistischen Land sei die Regierungsgewalt weder vom Himmel gegeben (*tianfu*) noch erblich (*shixi*), sondern beruhe auf der Zustimmung und Gewährung durch das souveräne Volk. Dieses könne seine Unterstützung entziehen, wenn die regierende Partei die Interessen der Bevölkerung mißachte; genau dies sei der Grund für den Machtverlust der kommunistischen Parteien in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa gewesen. Aufgrund dieser Erfahrungen sei die Bekämpfung der Korruption und die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Parteiorganisation entscheidend dafür, daß die Kommunistische Partei in China auch in Zukunft die Regierungsgewalt beanspruchen könne.

Guo Daohuis Abhandlung ist vor dem Hintergrund eines wachsenden Selbstbehauptungswillens chinesischer Juristen zu sehen, die einen Ausbau des Rechtssystems unabhängig von Schwankungen in der politischen Linie der Kommunistischen Partei voranbringen wollen. Es zeigt sich, daß die wirtschaftliche und soziale Modernisierung in China (wie schon zuvor in anderen ostasiatischen Staaten) Grundfragen aufwirft, die aus der politischen Geschichte des Westens wohlbekannt sind und in der Zeit vor der kommuni-

stischen Machtergreifung in China bereits lebhaft diskutiert worden waren: Repräsentation der Interessen des Volkes, Kontrolle der Herrschenden, Beschränkung der Regierungsgewalt, Rechtssicherheit für die Bevölkerung. Auch die Entstehung einer kleinen, von Juristen getragenen Bürgerrechtsbewegung im letzten Winter, die sich für die Rechte des "kleinen Mannes" gegenüber der Willkür staatlicher Behörden einsetzt, läßt sich in diesen Zusammenhang einordnen. (Siehe C.a., 94/3, S.247; 94/2, S.125-6).

Der von Führungsmitgliedern wie Qiao Shi (der Nummer 3 im Politbüro) forcierte Aufbau eines umfassenden Rechtskodex, der den Übergang zu einer modernen marktwirtschaftlichen Ordnung absichern soll, und die Bemühungen um einen konsequenten Gesetzesvollzug geben solchen Initiativen zusätzlichen Auftrieb. Trotz aller unübersehbarer Hemmnisse und Widerstände könnte ein Ausbau des Rechtssystems langfristig sowohl zur Verbesserung der wirtschaftlichen als auch der politischen Rahmenbedingungen und zu einer allmählichen Beschränkung und Kontrolle willkürlicher Machtausübung in China beitragen. -hei-

*(6)

Netzwerke ehemaliger Rotgardisten

Beziehungsnetze, die auf kulturrevolutionäre Rotgardisten-Vereinigungen der Jahre 1966 bis 1968 zurückgehen, dienen im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen neuen Zwecken. Während die Rotgardisten in den sechziger Jahren ihre gewaltsamen Attacken gegen "Machthaber, die den kapitalistischen Weg gehen" (*zouzipai*), richteten, nutzen viele von ihnen ihre Verbindungen aus der Zeit der Kulturrevolution heute für geschäftliche Aktivitäten.

Der Erfolg der Rotgardisten bei der Ausnutzung der Chancen, die die marktwirtschaftlichen Reformen bieten, ist kein Zufall. Viele führende Rotgardisten der Kulturrevolution waren Kinder hochrangiger Kader, die heute genauso wie damals ihre Beziehungen zum politischen Establishment spielen lassen. Einige Regimekritiker, die bereits während der Kulturrevolution unter großen Opfern gegen die Parteihierarchie gekämpft hatten, se-

hen den Aufstieg ehemaliger Rotgardistenführer in wichtige Wirtschaftspositionen als Beleg dafür, daß China trotz der gewaltigen Umwälzungen der letzten fünfzehn Jahre weiterhin von einer Oligarchie dominiert bleibe.

Eines der einflußreichsten Netzwerke besteht aus Abgängern der Mittelschule Nr.8 in Beijing, einer vornehmlich von Kaderkindern besuchten Bildungseinrichtung, die in der Kulturrevolution als Ausgangspunkt radikaler Rotgardisten-Aktionen bekannt wurde. Seit 1988 existiert eine Alumni-Vereinigung der "Drei alten Jahrgänge" (1966 bis 1968), die sich einmal jährlich trifft (der Vorstand tagt häufiger). Ihr sollen unter anderem ein Vizepräsident der chinesischen Zentralbank und ein stellvertretender Parteisekretär der Stadt Beijing angehören. Der Informationsaustausch und die Anbahnung von Geschäftsbeziehungen stehen im Mittelpunkt der Treffen. Die Verbindungen der Ehemaligen-Organisation reichen bis ins Ausland. Zur Erleichterung der Kontakte gibt es ein *Who's Who* der Mitglieder, das die Werdegänge, Berufe und Tätigkeitsfelder einzeln auflistet. Ähnlich wohlorganisiert sollen die Ehemaligen-Verbindungen von kulturrevolutionären Absolventen der Qinghua-Universität sein. Auch in der China Business Association in den Vereinigten Staaten sollen zahlreiche ehemalige Rotgardisten führend beteiligt sein.

Nach Aussage einzelner Mitglieder von Rotgardisten-Netzwerken sind der gemeinsame kulturrevolutionäre Erfahrungshintergrund und die schwere Zeit, die man während der Landverschickung nach 1968 durchlebt hat, das, was sie zusammenschweißt. Für den heutigen wirtschaftlichen Erfolg seien damals ausgeprägte Persönlichkeitsmerkmale entscheidend: Um unter den chaotischen Bedingungen der kulturrevolutionären Mobilisierung an die Spitze einer Rotgardisten-Organisation zu gelangen, waren menschliche Härte, Durchsetzungsfähigkeit und eine gehörige Portion Skrupellosigkeit unabdingbar. Ähnliche Charaktereigenschaften scheinen auch in dem instabilen gesellschaftlichen Umfeld des gegenwärtigen China hilfreich zu sein. Ein in Beijing tätiger Unternehmensberater geht jedenfalls davon aus, daß Rotgardisten "tough" seien und immer Wege fänden, sich und ihre Vorstellungen durchzusetzen; sie hätten keine Furcht vor Konfrontationen und scheuten keine Risiken.

Obwohl ehemalige Rotgardisten mit den Mißständen des politischen Systems vertraut und mißtrauisch gegenüber der Autorität von Partei und Staat geblieben sind, scheinen politische oder gar oppositionelle Aktivitäten - wie etwa der Einsatz des ehemaligen Rotgardisten Wei Jingsheng für Demokratie und Menschenrechte - eher Ausnahmeerscheinungen zu sein. (AWSJ, 22./23.4.94) -hei-

*(7)

Verhaftungen und Freilassungen von Dissidenten

Nur ein halbes Jahr nach seiner Freilassung (auf Bewährung) aus dem Gefängnis ist Wei Jingsheng, der bekannteste chinesische Dissident, am 1. April wieder verhaftet worden. In den Vormonaten hatten die Sicherheitsbehörden Wei mehrfach im Zusammenhang mit der Kritik, die dieser in Interviews mit ausländischen Journalisten und in Veröffentlichungen im Ausland geäußert hatte, verwarnt. Außerdem hatte sich Wei im Vorfeld des Besuchs von US-Außenminister Christopher mit dem Menschenrechtsbeauftragten der amerikanischen Regierung getroffen. Die chinesischen Behörden weigern sich bisher, genaue Auskunft über Weis Verbleib und über die ihm vorgeworfenen Rechtsverletzungen zu geben. Auch Weis Sekretärin Tong Yi befindet sich in Haft.

Nach fünftägiger Haft wurde hingegen Xu Wenli Mitte April wieder freigelassen. Der fünfzigjährige Dissident war erst im Mai 1993 nach zwölfjähriger Haftzeit aus dem Gefängnis entlassen worden.

Wang Juntao, einer der Führer der Protestbewegung von 1989, von dem die Idee zum Hungerstreik der Studenten ausgegangen sein soll, ist Ende April nach beinahe fünfjähriger Haftzeit aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig freigelassen worden und zur medizinischen Behandlung in die Vereinigten Staaten ausgereist bzw. abgeschoben worden. Wang soll unter Hepatitis und Herzbeschwerden leiden. Viele westliche Regierungen hatten sich für eine Freilassung Wangs stark gemacht, der seit den Protestkundgebungen während des Totengedenkfestes Qingming im Frühjahr 1976 (sog. "Bewegung vom 5. April") zu den führenden Aktivisten der politischen Opposition in China gehört.

Mit Rücksicht auf die in den Vereinigten Staaten anstehende Entscheidung über die Gewährung der Meistbegünstigung für China wurde auch ein Prozeß gegen 14 Dissidenten, die "konterrevolutionärer" Bestrebungen beschuldigt werden, auf einen unbestimmten Termin verschoben. Die Oppositionellen sitzen seit zwei Jahren in Untersuchungshaft.

Unterdessen ist nach Berichten in Hongkonger Medien der Bürgerrechtler Wang Jiaqi (ein Jura-Absolvent der Beijing-Universität, der einige Jahre für die chinesische Staatssicherheit arbeitete, sich dann aber zum Engagement für die Bürgerrechte entschloß; siehe auch C.a., 94/3, S.247; 94/2, S.125-6) dank der Unterstützung durch die Hongkonger Fluchthilfe-Organisation "Gelber Vogel" in die Kronkolonie und schließlich in die Vereinigten Staaten entkommen. Dort wurde ihm offenbar bereits politisches Asyl gewährt. Wang Jiaqis Mitstreiter Yuan Hongbing und Zhou Guoqiang hingegen befinden sich weiterhin in Haft. (FAZ, 6./13./25.4.94; SCMP, 6./13.4.94; SZ, 27.4.94; AWSJ, 25.4.94; NZZ, 7./26.4.94; IHT, 12./13.4.94; LHB, 28.4.94) -hei-

*(8)

Polizist wegen Mißhandlung eines Volkskongreß-Abgeordneten verurteilt

Ein Polizist, der im Beijinger Stadtteil Haidian einen zugereisten Volkskongreß-Delegierten mißhandelt hatte (vgl. C.a., 94/2, S.125-6), ist vom Gericht des Stadtbezirks zu einer einjährigen, allerdings zur Bewährung ausgesetzten Haftstrafe und zu nicht konkretisierten Schadensersatzleistungen verurteilt worden. Der Fall hatte zu einer größeren Petitionsaktion gegen die Willkür der Polizeibehörden geführt und war als ein Test für die von der Beijinger Führung proklamierte konsequente Anwendung geltenden Rechts angesehen worden. (ZTS, 7.4.94, nach SWB, 29.4.; *Beijing Wanbao*, 7.4.94, nach SCMP, 8.4.94).-hei-

*(9)

Modernisierung in den Parteiarchiven: Die "Kleine rote Diskette"

Informatiker aus den Reihen der chinesischen Armee haben eine Computer-Software entwickelt, die einen be-

quemen Zugriff per PC auf das Gesamtwerk Deng Xiaopings ermöglicht. Vor allem den Parteigeschichtsforschern und Propagandakadern, die sich professionell mit dem Auffinden autoritativer Zitate zur Erklärung der schwankenden Parteilinie beschäftigen müssen, wird das Leben dadurch erleichtert.

Es handelt sich um eine Datenbank zu den gesammelten Werken, Reden und Stellungnahmen Dengs, die mehr als zwei Millionen Schriftzeichen, aber auch Photographien und Illustrationen enthält. Für jeden politischen oder privaten Zweck lassen sich nun die passenden Deng-Zitate nach Eingabe eines Schlüsselbegriffs finden. Die "Kleine rote Diskette" wird sicher weniger fanatisch genutzt werden als die "Kleine rote Bibel" während der Kulturrevolution. Es wird aber erwartet, daß die Deng-Software wenn nicht zum Bestseller, so doch zu einer der meistbegehrten Raubkopien aufsteigen wird. (SCMP, 9.4.94) -hei-

Kultur

*(10)

Hongkonger Journalist zu hoher Freiheitsstrafe verurteilt

Ende März 1994 wurde der Hongkonger Journalist Xi Yang von einem Beijinger Gericht zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, weil er für schuldig befunden wurde, "Staatsgeheimnisse gestohlen und ausspioniert" zu haben. Ebenfalls verurteilt wurde Tian Ye, der die Informationen weitergegeben haben soll und sogar 15 Jahre Gefängnisstrafe erhielt. Die unverhältnismäßig hohen Strafen haben vor allem in Hongkong, aber auch international große Entrüstung und Proteste hervorgerufen. In Hongkong protestierten mehr als 400 Journalisten mit einem Sit-in vor dem Büro der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua gegen die Verurteilung ihres Kollegen (SZ, 18.4.94).

Der Hintergrund wurde in der *Volkszeitung* wie folgt dargestellt: Xi Yang, 38, lebte bis 1992 in Beijing. In jenem Jahr zog er nach Hongkong, wo er Reporter der angesehenen Hongkonger

Zeitung *Ming Pao* wurde. Für diese Zeitung kam er im Sommer 1993 nach Beijing, um dort insbesondere Informationen über das Bankwesen und andere Wirtschaftsfragen zu erhalten. Über Tian Ye, einen Angestellten der Chinesischen Volksbank, ließ er sich "Staatsgeheimnisse" besorgen, nämlich zwei Informationen, die zum einen den Verkauf von Gold auf dem internationalen Markt betraf, den die Volksbank zum Zwecke der Anhebung der Devisenreserven vornehmen wollte, zum anderen die Zinserhöhung im Juli 1993, die zweite in jenem Jahr. Beide Informationen waren "top secret" und widerrechtlich weitergegeben worden. Xi Yang veröffentlichte diese Informationen in einem Artikel in der *Ming Pao*, wodurch der chinesischen Volkswirtschaft großer Schaden zugefügt wurde. Tian Ye und Xi Yang wurden im Oktober 1993 "rechtmäßig" verhaftet und verurteilt. Beide haben ihre Schuld anerkannt und bereit um Strafminderung gebeten. Doch das Gericht befand in der Verhandlung den Fall für "besonders schwerwiegend": Tian Ye hat als Staatsbediensteter die Vorschriften über die Wahrung von Staatsgeheimnissen mißachtet und widerrechtlich Staatsgeheimnisse "gestohlen" und weitergegeben, während Xi Yang die staatlichen Gesetze mißachtete und Staatsgeheimnisse in einer Zeitung außerhalb der VR China veröffentlichte. Angesichts der Schwere des Vergehens wurden die beiden am 28.März 1994 zu 15 bzw. 12 Jahren Haft verurteilt. (RMRB, 16.4.94, S.4)

In einem begleitenden Kommentar (ebd.) werden die hohen Strafen noch einmal als rechtmäßig und angemessen hingestellt. Illegale Handlungen wie die von Xi Yang sabotierten die Reform- und Öffnungspolitik und hätten die Interessen des Staates verletzt. Sein Fall sei einfach ein Verbrechen, und die Verurteilung solcher Verbrecher habe nichts mit der Wahrung der Freiheit eines Journalisten zu tun, sich auf legale Weise Nachrichten zu beschaffen. Zwischen legalem Sammeln von Nachrichten und illegalem Spionieren bestehe ein klarer Unterschied. Die chinesische Regierung beschütze die Freiheit des Nachrichtensammelns, aber nicht die Freiheit des Stehlens von Staatsgeheimnissen.

Das Problem ist, daß gerade der "klare Unterschied" zwischen legaler und illegaler journalistischer Recherche, wie